Weltherrschaft, Währung und Arbeiterschaft

Autor(en): **E.H.W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 9

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-334967

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG -- MAI 1944 -- HEFT 9

Weltherrschaft, Währung und Arbeiterschaft

von E. H. W.

I.

Die wenigen, welche in Wahrheit über die Geschicke der Völker gebieten — es sind bestimmt nicht viele Heerführer darunter — stimmen in einem vorbehaltlos überein: Daß unzweifelhaft nach Kriegsschluß die Gefahr einer ganz allgemeinen Geldentwertung bestehen würde. Es könnten dann jene heftigen Schwankungen der Preise, Löhne und Kosten mit einem Schlage wieder zutage treten, welche man aus der Entwicklung nach dem ersten Weltkriege kennt und welche jegliche Stabilisierung, sowohl des Friedens wie der internationalen Zusammenarbeit vereiteln. Solange der Krieg währt, ist dieses Problem nicht akut. Die politische und wirtschaftliche Absperrung, bedingt durch militärische Notwendigkeiten, lassen keine Fragen internationaler Natur hochkommen. Aber unmittelbar nach Kriegsende werden zumindest alle kriegführenden und vermutlich auch alle neutralen Staaten dringliche Maßnahmen für den gesamten Wiederaufbau zu treffen haben. Die wenigsten Länder, einige von den Großmächten nicht ausgeschlossen, werden in der Lage sein, die finanziellen Mittel, vielleicht nicht einmal die menschlichen und tierischen Arbeitskräfte für die Bewältigung der Aufbaupläne bereitzustellen. Ein ausgebreitetes Verlangen nach Hilfsaktionen wird sich geltend machen. Aber es wird vorerst immer eine Forderung nach finanzieller Hilfe sein, welche besonders die kleinen Staaten erheben werden. Die Einschränkung der gegenseitigen Hilfeleistungen auf bloße Lieferung von Sachgütern — wie dies in den Friedensbedingungen Rußlands an Finnland enthalten zu sein scheint — würde genau denselben verhängnisvollen Fehler bedeuten, wie die bezüglichen verfehlten Friedensbestimmungen von Versailles. Die Deutschland auferlegten Sachlieferungen waren mit eine Ursache jener Zerrüttung des wirtschaftlichen und sozialen innern Gleichgewichtsstandes des Reiches, aus welcher letzten Endes der heutige Krieg entsprang. Die Erfahrung hat gelehrt, daß unter dem Drucke der Zwangsexporte, welchen keine gleichgewichtige Ausdehnung des sonstigen Handels entsprach, äußerlich betrachtet, eine stetige Geldentwertung ein-

trat, deren Wirkungen später durch keine sogenannte Stabilisierung vollständig aufgehoben werden konnten. Der Versuch, das deutsche Geld auf normalem Wege durch eine feste Beziehung zum Gold, als dem internationalen Wertmesser zu retten, mußte mißlingen. Denn schon damals hatte das Gold die unangenehme Eigenschaft bekommen, kein unabänderlicher Wertmesser sein zu können, weil es eben selbst im Preise heftigen Schwankungen ausgesetzt war. So kostete eine Unze Feingold in London 1930 sh. 84, 1943 sh. 168. Damit ist aber schon ein Kernpunkt des Problemkomplexes berührt, der hinter der sichtbaren Weltbühne die Gedanken der Beherrscher des Geld- und Kreditsystems unausgesetzt in Anspruch nimmt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß in ihm die Zukunft des internationalen Handels, die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Unternehmerfreiheit, das Aussehen der Welt von morgen und die Sicherung des Friedens durch wirtschaftliche Herrschaft sich verkörpern. Darum gehen diese Fragen jedermann an, jeden Bürger in jedem Staate der Welt, gleichgültig ob er an den Methoden der verschiedenen Währungssysteme interessiert ist oder nicht. Ist man sich darüber im klaren, so wird man es vielleicht als beklagenswert erachten, daß so wenig Menschen über das Bescheid wissen, wovon alle in unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung am meisten abhängen; nämlich über das Geldwesen. Und während draußen noch die Geschütze und die Schlachtflugzeuge dröhnen, sind bereits in den Büros der Herren des Geldwesens Pläne entstanden, um die Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen und den Völkern der Welt eine angemessene Lebenshaltung und eine geordnete, sichere Arbeit in Handel und Wandel zu gewährleisten. Daß solche Pläne in erster Linie von den wenigen ausgehen, welche die Unterlagen des modernen Geldwesens — nämlich die Währungssysteme — kennen und beherrschen, ist selbstverständlich. Denn einerseits wird schon durch die voraussichtlichen Hilfsaktionen der Nachkriegszeit das finanzielle Problem, wie oben bemerkt, in den Mittelpunkt des gesamten gesellschaftlichen und individuellen Lebens gestellt sein. Anderseits ist heute das Geldwesen an sich zum Zentralproblem des gesamten Lebens der Nationen geworden. Das war wohl nicht immer so. Aber heute besteht über diese Tatsache kein Zweifel — mit der alleinigen Einschränkung, daß jede gesellschaftliche Einrichtung, sei sie noch so großartig erdacht, ihren Zweck verfehlt, der Menschheit nützlich zu sein, wenn das Bewußtsein dafür schwindet, daß nicht der Mensch für die Einrichtung da ist, sondern umgekehrt diese für den Menschen.

II.

Jeder Versuch, in einer Arbeit beschränkten Umfanges die Währungsprobleme und deren grundlegende Bedeutung für Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt der modernen Gesellschaft klarzustellen, wird naturgemäß lückenhaft sein. Die ganze Materie stellt überhaupt an das selbständige Denken Anforderungen, denen unter den gegebenen Lebensbedingungen nicht leicht nachgekommen werden kann. Es ist in der Tat viel leichter und erfordert auch viel weniger geistige Anstrengung, etwa über das zu sprechen, was man gemeiniglich unter Politik versteht. Trotzdem ist das

Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft schon in weiteste Volkskreise gedrungen. Allein, man muß bloß von bestimmten Tatsachen des täglichen Lebens ausgehen, um die Aufmerksamkeit aller, welche überhaupt bemüht sind, sich in den Komplikationen der modernen Wirtschaft zurechtzufinden, auf diese schwierigen Entwicklungstendenzen zu lenken. Es wird gewiß heute noch viele Leute geben, welche sich an den Text erinnern, der etwa den englischen Banknoten aufgedruckt war. Es hieß dort: «Bei Vorweisung dieser Note zahlt die Bank von England die aufgedruckte Summe über Verlangen in Gold aus.» Das war die sogenannte reine Goldwährung. *Gold war Geld und Geld war Gold.* Die Grundlage des gesamten Geldwesens war eine Gewichtseinheit des Goldes zu einem bestimmten amtlichen Preis. Die Münzeinheiten, welche aus dieser Gewichtseinheit geschlagen oder geprägt wurden, repräsentierten also das, was gemeiniglich unter dem «Wert des Geldes» verstanden wird. Der Preis des Goldes war bestimmend für den Wert der nationalen Währungseinheit — wie gerade diese genannt wurde, ob Pfund Sterling oder Franc oder Gulden usw. Der Wert der Geldeinheit war wieder repräsentiert durch das, was man für sie auf dem freien Markte an Gegenständen aller Art zu kaufen erhielt. *Der Wert des Geldes war also im Grunde von allem Anbeginn der Tauschwirtschaft identisch mit seiner Kaufkraft.* Es hat lange gedauert, bis diese Begriffsidentität Allgemeingut der Zivilisation wurde. Trotzdem bestehen recht erhebliche Unterschiede zwischen der reinen Goldwährung, wie diese bis gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts internationale Geltung hatte, gegenüber dem, was wir heute unter Goldwährung verstehen. Die Beziehung zwischen dem Preis der Waren — dem allgemeinen Preisniveau — gegenüber dem Wert der nationalen Geldeinheit und dem Gold als internationale Währungsgrundlage war damals durchaus konkret und durchaus nicht bloß ideell. Das konnte auch so sein und verbleiben, solange ein zumindest annähernder Gleichgewichtszustand zwischen dem Gesamtvolumen der erzeugten und international gehandelten Waren gegenüber dem Volumen der verfügbaren Goldbestände und somit gegenüber dem Wert des umlaufenden Goldgeldes vorhanden war. Wurde dieser Gleichgewichtszustand irgendwie gestört, dann traten eben jene heftigen Schwankungen ein, welche sich so häufig — vielleicht könnte man sogar sagen immer — in sozialen oder kriegerischen Erschütterungen auswirkten. Tatsächlich gehen ja sämtliche großen Revolutionen oder Kriege mit diesen Störungen des währungstechnischen Gleichgewichtes Hand in Hand. Und es hat schon seine Richtigkeit, wenn ein moderner Wirtschaftsphilosoph in einer seiner Schriften sagt: «Hinter dem Schleier der Schwankungen des Preisniveaus vollziehen sich die Erschütterungen des sozialen Gefüges der Menschheit.» Es ist weiter zu beachten, daß damals die Banknote bloß ein Auskunfts- und Bequemlichkeitsmittel für den Geldverkehr war. Es war keine Rede davon, daß die Banknote vielleicht wirkliches Geld in technischem Sinne werden könne. Endlich ist als wesentlichstes Moment festzustellen, daß die Goldmünze jeglicher Landeswährung ganz automatisch auch *das einzige internationale Geld war*, mit welchem im internationalen Handel sämtliche Forderungen und Schulden beglichen wurden.

Das ist heute anders geworden. Gleichgewichtsstörungen im Geldwesen gab es immer. Schon die Industrialisierung Europas durch die Erfindung der mechanisch betriebenen Maschinen hatte eine ernstliche Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes nach sich gezogen. Für die fast momentane Ausdehnung des Volumens der Sachgüter reichte die bisherige währungstechnische Methode nicht aus. Der Geldbedarf steigerte sich entsprechend der durch die Maschinen angewachsenen Gütermenge in ungeahntem Maße. Das Gold konnte seine Funktion als währungstechnische Unterlage nicht wie bisher ausfüllen. Entweder war es in den benötigten Mengen überhaupt nicht vorhanden oder es stieg so im Preis, daß es in der benötigten Menge für die ärmeren Staaten überhaupt nicht mehr anzuschaffen war. Die Banknote verlor ihren Charakter als Bequemlichkeitsmittel und Geldzeichen, sie trat an Stelle des Geldes und wurde im Bewußtsein der Völker *zum Geld selbst*. Es brach sich der Grundsatz Bahn, daß das Volumen des ausgegebenen Papiergeldes jeweils bloß durch einen *bestimmten Prozentsatz von Gold* bei der Ausgabestelle gedeckt sein müsse. Je weiter die Industrialisierung von Land zu Land, teils aus Sicherheitsgründen, teils durch das Aufkommen neuer Energiequellen — wie Öl, Wasser usw. — und neuer Erfindungen fortschritt und je größer demnach der Bedarf an Geld wurde, um so kleiner wurde der Prozentsatz der sogenannten Golddeckung. Von hier aus gesehen, stand die Menge des Papiergeldes in keinem richtigen Verhältnis zum Währungssystem. Es ist kein Zweifel, daß in diesem Mißverhältnis, welches so oftmals als Inflation bezeichnet wird, eine Quelle der Schwankungen des Preisniveaus zu suchen ist, jedoch bestimmt *nicht die einzige* und nicht immer die bedeutendste. Gewöhnlich ist Inflation bloß das Symptom einer kranken Wirtschaft, so wie Fieber das Symptom eines kranken Körpers. Zuerst bewirkt die gesunkene Kaufkraft die inflatorische Vermehrung des Papiergeldes und nicht umgekehrt. Allerdings erfolgen dann gegenseitige Rückwirkungen. Es handelt sich eben um einen Fehlzirkel. Die Absperrung von Staaten durch *Zollschranken*, die *gewaltsame* Industrialisierung eines Landes, die *Zertrümmerung alter, einheitlicher Wirtschaftsgebiete* und dergleichen mehr, mögen — wie sich jederzeit statistisch beweisen läßt — auf das Schwinden der Kaufkraft einer Währung vielleicht mehr Einfluß haben, als eine sogenannte Banknoteninflation. Überhaupt sind die für erhebliche Differenzen in den Preisen maßgebenden Faktoren in zwei andern Sektoren zu suchen. Der erste ist der: Wenn auch die Banknote nicht wirkliches Geld darstellt, so ist sie doch vom währungstechnischen Standpunkt aus, bzw. von dem des Preisniveaus her, als *Goldgeld anzusprechen*. Sie repräsentiert nämlich die Preise sämtlicher Sachgüter und Leistungen auf *demselben Stande*, welcher durch das Währungsgesetz auf Grund *des Preises für die Gewichtseinheit Gold* festgelegt ist. Da aber ergibt sich jene Situation, welche zunächst als Erscheinung der periodischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft — wie es Marx nannte — in Erscheinung tritt. Die Produktivkräfte — also etwa die Erfindung des Dieselmotors oder dergleichen — sprengen den bisherigen sozialen Aufbau der Gesellschaft, was sich geldlich so bemerkbar macht, daß die bisherige Gelddecke zu kurz wird. Es besteht das Dilemma, entweder die

für den neuen Produktivzweig mit allen seinen Nebenerscheinungen notwendige Geldmenge durch Inflation herbeizuschaffen, was wieder zu den schon bemerkten sozialen Erschütterungen führen müßte, oder durch behördliche Eingriffe irgendeinen Ausgleich herbeizuführen. Auf alle Fälle ist die bis dahin bestandene Stabilität des Preisniveaus, der Gleichgewichtszustand innerhalb des Wirtschaftsbaues, gestört. Hält man sich vor Augen, daß *das ruhende Vermögen* sämtlicher Kulturnationen zu durchschnittlich 80 Prozent aus bloßen Forderungen — wie Aktien, Obligationen usw. — besteht, denen *bewegliches Vermögen* — wie Gold, Silber usw. — von nur 20 Prozent gegenübersteht, dann kann man sich von den Gefahren einer Geldentwertung eine Vorstellung machen. Das hat dann aber im zweiten Sektor, nämlich in dem des Exports und Imports, gleichfalls seine geldlichen Auswirkungen. Das Preisverhältnis der Währungseinheit eines Landes gegenüber der des Auslandes, aus welchem es etwa Rohstoffe importiert, wird sich naturgemäß irgendwie ändern. Gewöhnlich wird bei einer Störung der Kurs der Geldeinheit des Landes, das mehr importiert als exportiert, dann fallen und die Zahlungsbilanz, das heißt der geldliche Ausgleich zwischen den Zahlungen an das Ausland gegenüber dem Empfang von Zahlungen aus diesem Ausland gerät in Unordnung. Das Geld spielt dabei die Rolle, daß eben der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Gold allein erfolgt und daß sämtliche Preise sich auf Goldbasis errechnen. Je mehr Gold an das Ausland zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz, bzw. zur Stabilität des Wertverhältnisses zwischen inländischer und ausländischer Währungseinheit — des Wechselkurses — abgegeben wird, um so mehr gerät die inländische Wirtschaft in Unordnung, was äußerlich im Sinken der Kaufkraft in Erscheinung tritt. Das ist der berüchtigte Deflationszustand der «Auslandwährung». Keine Regierung kann aber auf die Dauer das Preisniveau, bzw. den geordneten Gang der Produktion, die volle Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten usw. bloß durch immerwährende Abgabe von Gold, durch Stabilisierung der Wechselkurse gewährleisten. Sie kann den Ausgleich dadurch herbeiführen, daß sie alle Maßnahmen zur Goldeinsparung trifft, das heißt die Importe einschränkt, und sollten diese auch die notwendigsten Rohstoffe anbelangen, daß sie die Einstellung oder Einschränkung von Betrieben, die Entlassung von Arbeitern und Angestellten und damit das Elend sowie die sozialen Gefahren der Arbeitslosigkeit auf sich nimmt.

Der andere Ausweg aus dem Dilemma liegt auf der Ebene der Aufrechterhaltung der Kaufkraftparität, der «Inlandwährung». Eine Regierung kann sich entschließen, auf die Aufrechterhaltung des Wechselkurses durch Goldabgaben einfach zu verzichten und das Preisniveau im eigenen Lande durch eine Kontrolle und Lenkung der Wirtschaft überhaupt zu regulieren. Sie wird zu diesem Zwecke die Handelsverträge mit den andern Staaten so gestalten, daß die Mengen der gegenseitig benötigten und auszutauschenden Sachgüter in einem annähernd zureichenden Rahmen festgelegt werden. Der Kurs der gegenseitigen Geldeinheiten wird für die Dauer des Vertrages fest bestimmt, ist somit allen Zufälligkeiten und kapitalistischen Gewinnspekulationen entzogen. Die Bezahlung der gegenseitigen Lieferungen geht über ein öffentliches Verrechnungskonto, wel-

ches die Einhaltung der vertraglichen Bedingungen gleichsam zu gewährleisten hat. Im Kauderwelsch der Geldwissenschaft werden solche Verträge, wenn sie jeweils unter zwei Staaten abgeschlossen werden, bilateral, wenn unter mehreren Staaten, multilateral genannt. Es ist ganz klar, daß dieses System manches gemein hat mit der Forderung nach *allgemeiner Planwirtschaft*, welche momentan ein Ideal für die Neuordnung nach Kriegsende bildet. Denn tatsächlich erscheint unter *gleichbleibenden Verhältnissen* nach dieser Methode eine Deflation schwer möglich und der Eintritt einer der periodischen Krisen durch die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in einem gewissen Maße fast verunmöglicht. Anderseits ist aber die soziale und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit unter dem Druck solcher Verträge, welche ja auch leicht *mißbraucht* werden können, derart eingeschränkt, daß daraus gleichfalls Gefahren für den sozialen und militärischen Frieden entstehen können, um so mehr, als diese Methode die bedrohliche Tendenz zur *Autarkie* in sich schließt, welche regelmäßig zu Konflikten führt.

III.

Um den Plan zu verstehen, welcher der geplanten Währungskonferenz vorliegen wird, seien zunächst die Ergebnisse der bisherigen Darstellung festgehalten:

1. Die drohende Zerrüttung der Währungen sämtlicher kriegsbeteiligter Staaten, der immense Geldbedarf für den Wiederaufbau, die Stilllegung fast des gesamten internationalen Handelsverkehrs, im Zusammenhang mit den zu erwartenden Schwankungen des Preisniveaus, machen die Ordnung des Währungswesens zum Zentralproblem aller Wiederaufbaupläne.

2. Die periodischen Krisen, von Marx noch als solche der Produktion und des freien Marktes angesehen, scheinen eher solche des Geldwesens zu sein. Sie dürften sich als Erscheinungsform des ständigen Kampfes zwischen «Auslandswährung» und «Inlandswährung» dokumentieren. Die erstere, direkt von der Größe des Goldbesitzes abhängig, trägt deflatorischen Charakter und bringt für das Inland stets eine Wirtschaftskrise, verbunden mit Arbeitslosigkeit, mit sich, die zweite, von der Größe des Goldbesitzes unabhängig, birgt zwar stabilisierende Tendenzen in sich und gewährt bestimmte Sicherungen für eine krisenlose Stabilisierung des Preisniveaus, verbunden mit stabiler Beschäftigung. Allein, beide Methoden erzeugen, wie oben bemerkt, starke soziale Spannungen, welche sehr leicht zu kriegerischen Verwicklungen führen müssen.

3. Für die Neuordnung des Geldwesens, welches als das wichtigste wirtschaftliche Machtmittel neben dem der militärischen Kraft das Leben der Menschen frei von Furcht, Sorge und Not verbürgen soll, wäre ein Ausweg zu finden, welcher zwischen den angeführten extremen Methoden viel weniger die Erfordernisse des individuellen Reichtums, als die der sozialen Notwendigkeiten der Gesellschaft berücksichtigt — also nicht bloß die möglichste Stabilität der verschiedenen Währungseinheiten für den internationalen Handelsverkehr, sondern auch die *möglichste Krisenlosigkeit* für die inländische Wirtschaft.

IV.

Der vor wenigen Tagen veröffentlichte Währungsplan der Alliierten geht auf zwei Vorlagen zurück: Der eine, von Dr. *White*, dem vertrautesten Mitarbeiter des *Schatzsekretärs Morgenthau*, ausgearbeitet und nach ihm White-Plan genannt, der zweite vom früheren Professor der Volkswirtschaft an der Universität Cambridge und dem nunmehrigen Direktor der Bank von England, *Keynes*, entworfen. Der nunmehr vorliegende gemeinsame und von den Regierungen aller beteiligten Staaten, insbesondere Nordamerika, England und Sowjetrußland gebilligte Plan wird erst verständlich, wenn man die wesentlichsten Elemente der beiden vorliegenden Entwürfe kennt. Das will nicht heißen, daß der nun veröffentlichte gemeinsame Plan ein Kompromiß darstellt. Man kann im Gegenteil von vornherein sagen, daß die Ansichten der Vereinigten Staaten, des noch von weniger sozialer Erkenntnis durchdrungenen hochkapitalistischen Landes, einen *sehr beträchtlichen Erfolg* errungen haben. Darüber wird später noch einiges zu sagen sein. Um jedoch auf die Pläne von White und Keynes zurückzukommen, sei festgestellt: Beiden schwebt das gemeinsame Ziel vor: Einer allgemeinen Geldentwertung vorzubeugen, die hierfür notwendigen Kredite organisatorisch derart bereitzustellen, daß die wirtschaftlich schwächeren Länder genügend Zeit gewinnen können, um sich zu erholen, daß der internationale Handelsverkehr sich reibungslos, zumindest soweit die geldliche Seite in Betracht kommt, abwickeln kann und daß das für den internationalen Verkehr notwendige Zahlungsmittel — das sind Gold oder Goldverpflichtungsscheine (Devisen) — innerhalb der gemeinsamen Zentralstelle auf dem Verrechnungswege zum Ausgleich der verschiedenen Überschüsse oder Abgänge in der Zahlungsbilanz der einzelnen Länder herangezogen werden kann. Die Wege, auf denen dieses Ziel erreicht werden kann, sind verschieden. Von vornherein kann man sagen, daß der Keynes-Plan *erheblich freiheitlicher und sozialer* gestaltet war als der White-Plan, der im großen nichts anderes als eine immens vergrößerte, aber sehr konservative Variation der bisherigen Methoden der *kapitalistischen reinen Goldwährung*. Als Zentraleinrichtung sah Keynes eine «Internationale Clearing-Union» vor, White dagegen einen «Stabilisierungsfonds der Vereinten Nationen». Bei White war der Fonds ursprünglich in der Höhe von fünf Milliarden Dollar — bzw. 8—10 Milliarden Dollar der neuen Vorlage — bei fünfprozentiger Einzahlung, davon etwa 12 Prozent in Gold — gedacht, während er bei Keynes eine *variable*, nach bestimmten Grundsätzen errechnete Höhe erreichen sollte. Beide Institutionen wären zur Herausgabe einer *internationalen, jedoch goldbasierten Banknote* geschritten, welche bei White den Namen «Unitas», bei Keynes den Namen «Bancor» führte. Nach beiden Plänen sollte der ideelle Goldwert der internationalen Banknote dem Preise von 137,5 Gran Feingold gleichgesetzt sein. Hier nun zeigt sich eine der sozialen Differenzen in den beiderseitigen Anschauungen. Keynes, von *modernem Geiste* erfüllt und in voller Kenntnis der ungünstigen sozialen Folgen der reinen Goldwährung, wollte auch den *ideelen Goldwert* seiner internationalen Banknote *variabel* gestalten, so daß derselbe je nach den Schwankungen des Goldpreises oder

der sonstigen Weltverhältnisse hätte abgeändert werden können. White erklärt dagegen den *einmal festgesetzten ideellen Goldwert* seiner internationalen Banknote für unabänderlich, er gestattet lediglich — aber auch Keynes tat dies — daß die angeschlossenen Staaten mit *Erlaubnis der Zentralstelle* ihre Landeswährung abwerten, bzw. aufwerten dürfen. Der White-Plan kann demnach den gefährlichen Schwankungen des Preisniveaus bloß durch *Manipulationen mit dem Stabilisierungsfonds* begegnen, immerhin eine zweifelhafte Angelegenheit, wenn man sich der Erfahrungen erinnert, welche sowohl England, wie die Vereinigten Staaten mit ihren bisherigen Stabilisierungsfonds gemacht haben. Zumindest hatten England bei Beginn des Krieges noch etwa 2, die Vereinigten Staaten etwa 6 Millionen Arbeitslose. Noch schärfer wird diese soziale Seite der geplanten Währungsordnung ersichtlich, wenn man bedenkt, daß nach beiden Plänen die Landeswährungen der einzelnen angeschlossenen Staaten in eine feste Wertbeziehung zu der von der Zentralstelle festgelegten goldbasierten Preislage treten müssen, daß jedoch die Regierungen zumindest nach dem White-Plan in ihren sonstigen, nationalen und internationalen Währungsmaßnahmen frei sind, von obiger Einschränkung abgesehen.

Die Kreditfrage war so gelöst, daß Keynes die notwendigen Kredite innerhalb der «Quote», welche jedem angeschlossenen Staat bei Beginn der Verbindung eingeräumt wurde, direkt aus dem Fonds der Clearing-Union zuweisen wollte. Infolgedessen bestand wohl die Notwendigkeit, daß der Fonds berechtigt war, die gesamten Verhältnisse des Schuldnerstaates zu überprüfen — womit neben der wirtschaftlichen Macht auch die politische über den größten Teil der Welt eingeräumt war. Bei White erfolgte die Kreditgewährung, da ja der Stabilisierungsfonds rein technischen Ausgleichszwecken dient, durch eine gleichzeitig zu gründende «Internationale Bank» mit einem Kapital von 10 Milliarden Dollar. Es ist anzunehmen, daß bei jeder Kreditgewährung auch die Bank eine Überprüfung der Gesamtverhältnisse des Schuldnerstaates vornehmen wird. Auch hier ist der Weg zu einer tatsächlichen Weltherrschaft angebahnt.

Die sonstigen Detailbestimmungen müssen hier übergangen werden.

V.

Unter den Stellungnahmen, welche zu diesen ursprünglichen Entwürfen erfolgten, wurde die seitens Rußlands mit besonderer Spannung erwartet. Sie erfolgte durch Professor *Varga, den Finanzberater Stalins.* Von vornherein stehen die Äußerungen Vargas weit mehr auf seiten des White-Plans, als auf der von Keynes. Er erklärt den Vorschlag der Clearing-Union aus dem Bestreben Englands, seine bereits verlorengegangene Position als Weltbankier und größter Kolonialstaat wieder zurückzugewinnen. Die Stabilisierung der Währungen erscheint auch ihm nicht bloß erstrebenswert, sondern sogar notwendig. *Aber auf den Zusammenhang zwischen den Währungsproblemen und der sozialen Struktur der Gesellschaft, speziell in der Krisenfrage, geht er nicht ein.* Er meint, daß lediglich die autoritäre Verringerung des individuellen Konsums, verbunden mit der planmäßigen strikten Kontrolle des Unternehmertums und des

Auslandshandels, sowie mit einem ausgedehnten Kapitalexport aus den reichen Ländern in die durch den Krieg ruinierten Staaten die von Keynes bezweckte Stabilisierung erreichen könnten, sofern ihre Durchführung nicht überhaupt durch einflußreiche Kreise gehindert würden. Der White-Plan repräsentiere aber durch seine immense Kapitalmasse eine imponierende ökonomische Macht, wobei es nicht sicher ist, ob er daran denkt, daß diese gewaltige Kapazität auch das durch den Krieg zweifellos sehr geschwächte Rußland berühren könne. Irgendeine kritische Bemerkung gegenüber dem White-Plan findet sich jedoch nicht. Grundsätzlich erklärt er weiter: Die Stellung der Sowjetunion ist bestimmt durch den besonderen Charakter ihrer eigenen Wirtschaftsform. Soweit die Union am internationalen Handel interessiert ist, erscheint sie eben auch an der Währungsstabilisierung in allen Ländern, mit denen sie Handel treibt, interessiert. Könnte sich dieser Handelsverkehr auf der Grundlage eines «unabänderlichen Wertes von Goldgeld (Goldnoten)» vollziehen, so würde dies unzweifelhaft den Sowjethandel erleichtern. Anderseits ist die Stabilität der Sowjetwährung durch Methoden gesichert, die von denen der andern Staaten gänzlich verschieden sind, weshalb die Union auch von sich aus irgendwelche Pläne für die internationale Ordnung der Währungen nicht aufstellen könne. *Allein, sie sei zweifellos an allen vernünftigen Vorschlägen und Maßnahmen interessiert, welche den Wiederaufbau in allen durch den Faschismus verwüsteten Staaten ermöglichen und fördern könnten.*

Für diejenigen, welche die finanz- und währungstechnische Entwicklung der Sowjetunion, sowie überhaupt deren Verhältnis zu den Vereinigten Staaten in den letzten zwanzig Jahren verfolgten, bildet diese Stellungnahme Rußlands keine Überraschung. Man kann annehmen, daß der Sieg, den der White-Plan bis jetzt davontrug, zu einem erheblichen Teil dem Gutachten Vargas zu verdanken ist.

VI.

Die Folgerungen, welche sich für die Arbeiterschaft aus der geplanten internationalen Währungsordnung ergeben, sind, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, folgende:

1. Der alliierte Weltwährungsplan bedeutet wesentlich eine Verankerung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Seine Aufstellung erfolgte ohne direkte Teilnahme der Vertreter der sozial am Währungsproblem zumeist interessierten Bevölkerungsschichten sämtlicher in Betracht kommenden Nationen.

2. In dem der kommenden Währungskonferenz vorzulegenden Plan zur internationalen Regelung des Geldwesens scheinen jene sozialen Momente, welche sich aus der Erörterung der Währungsprobleme seit dem ersten Weltkrieg unzweifelhaft bezüglich des Zusammenhanges zwischen Währung und demokratischer Volkswohlfahrt ergaben, nicht enthalten zu sein.

3. Es scheinen auch keine Sicherungen dafür gegeben, daß die für den Wiederaufbau der ruinierten Staaten darzugebenden Kredite nicht etwa wieder für geheime oder offene Rüstungszwecke verwendet würden.

4. Für die Herrschaft der drei Großmächte, welche nach diesem Plan als ausschließlich führend in Betracht kommen, über jenen Teil der Welt, welcher kreditbedürftig ist, erscheint eine kontrollierende Teilnahme der sozial interessierten Bevölkerungsschichten der in Betracht kommenden Länder wünschenswert. Die Besetzung der Verwaltungsstellen in dem kommenden Weltfonds sollte nicht ausschließlich aus dem Gesichtspunkt der quotientiellen Beteiligung an dem Fonds erfolgen.

Der Faschismus zwischen gestern und morgen

Von L. Teuscher

Die wenigsten Menschen erkennen den Faschismus als das, was er wirklich ist, und gewisse Publizisten sind bemüht, ihn so darzustellen, wie er auf keinen Fall ist. Sie gehen in erster Linie von der ideellen Seite an die Frage heran, statt von der ökonomischen. Hinwiederum liegen die ökonomischen und politischen Fragen unmittelbar auf der gleichen Linie, wobei aber der politische Faktor jede andere Frage überragt, beziehungsweise jede andere Frage unterordnet sich der politischen.

Die ökonomische Basis des Faschismus kann nur der Kapitalismus sein, und zwar der fortgeschrittene Kapitalismus, der Imperialismus und hierin sind wiederum die treibenden Kräfte in erster Linie die Trusts und Monopole.

I.

Als nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg die kapitalistische Gesellschaft auseinanderzufallen drohte, kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den beiden Klassen: den Kapitalisten und den Werktätigen. In verschiedenen Ländern Europas gelang es den Werktätigen, die Macht in ihre Hände zu nehmen, doch unterlagen sie überall (bis auf die Sowjetunion), weil sie die ökonomische Struktur nicht erfaßt hatten und sich von einem falschen Humanismus leiten ließen. Wie 1871 nach der Pariser Kommune, über die Marx schrieb:

> «Anstatt gegen das damals vollständig hilflose Versailles zu marschieren, erlaubte man der Ordnungspartei, nochmals ihre Stärke an der Wahlurne zu versuchen, als am 26. März die Kommune gewählt wurde. An diesen Tagen wechselten die Ordnungsmänner wohlwollende Worte der Versöhnung mit ihren nur zu großzügigen Siegern, gleichzeitig aber in ihren Herzen feierliche Gelübde knurrend, seinerzeit blutige Rache zu nehmen.» (Marx: Bürgerkrieg in Frankreich.)

so war es auch nach dem ersten Weltkrieg. Den Versprechungen der Kapitalisten wurde Glauben geschenkt; der Kapitalismus suchte nach einem Ventil, um die «schlechte Laune» der Massen, welche einen Überdruck bedeutete, entweichen zu lassen. Es wurde in den verschiedenen Ländern der Faschismus geschaffen (in unserer Betrachtung ist es nicht zulässig, etwa Nationalsozialismus und Faschismus voneinander zu